

Das Demokratieverständnis der CDU: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 13. Oktober 2026, 16:19



Die Ereignisse im Landtag von Sachsen-Anhalt zeigen einen deutlichen Widerspruch zwischen dem demokratischen Anspruch der CDU und ihrem tatsächlichen politischen Handeln.

Nachdem Tobias Rausch zum Landtagspräsidenten gewählt wurde und 48 Ja-Stimmen erhielt, obwohl die AfD und das BSW zusammen nur 44 Abgeordnete stellen, entstand eine politische Debatte über die Herkunft der zusätzlichen Stimmen. Da die Wahl geheim stattfand, steht nicht fest, welche Abgeordneten für Rausch stimmten. Dennoch reagiert die CDU mit einer ungewöhnlichen Maßnahme: Bei der für Dezember geplanten Wahl des Ministerpräsidenten sollen die eigenen Abgeordneten den Plenarsaal geschlossen verlassen.

Dieses Vorgehen wirft grundlegende Fragen zum Demokratieverständnis der CDU auf. Eine Demokratie lebt von freien Entscheidungen, der Gewissensfreiheit der Abgeordneten und der Akzeptanz unterschiedlicher politischer Positionen. Gerade geheime Abstimmungen schützen die Unabhängigkeit der Abgeordneten und ermöglichen ihnen, ohne äußeren Druck zu entscheiden. Wenn eine Fraktion den Plenarsaal verlässt, um mögliche abweichende Stimmen aus den eigenen Reihen zu verhindern, steht die parteipolitische Kontrolle im Vordergrund. Damit entsteht der Eindruck, dass die CDU weniger auf das Vertrauen in ihre Abgeordneten als auf die Sicherung der eigenen politischen Linie setzt.

Besonders widersprüchlich wirkt dieses Verhalten angesichts des hohen Stellenwerts, den die CDU selbst demokratischen Grundsätzen beimisst. Einerseits betont sie die Bedeutung parlamentarischer Verfahren und politischer Verantwortung. Andererseits versucht sie, durch organisatorische Maßnahmen Einfluss auf das Verhalten ihrer Mitglieder zu nehmen. Politische Geschlossenheit wird damit wichtiger als die individuelle Entscheidungsfreiheit. Eine demokratische Partei muss jedoch unterschiedliche Meinungen innerhalb der eigenen Reihen aushalten und darf ihre Mitglieder nicht allein deshalb unter Druck setzen, weil deren Abstimmungsverhalten von der Parteiführung abweicht.

Hinzu kommt, dass die CDU mit ihrem Vorgehen die politische Auseinandersetzung nicht löst, sondern den Konflikt verschärft. Anstatt die Bedeutung geheimer Abstimmungen zu akzeptieren und auf die demokratische Eigenverantwortung ihrer Abgeordneten zu vertrauen, setzt sie auf eine Maßnahme, die vor allem der Vermeidung weiterer öffentlicher Spekulationen dient. Damit entsteht der Eindruck, dass der Schutz des eigenen politischen Ansehens Vorrang vor einem offenen Umgang mit innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten erhält.

Auch die angekündigte Abgrenzung gegenüber anderen politischen Kräften wirft Fragen auf. In einer parlamentarischen Demokratie entscheidet nicht allein die politische Zugehörigkeit darüber, ob eine Stimme demokratisch legitimiert ist. Entscheidend sind die geltenden Regeln, die Freiheit der Abgeordneten und die Achtung des Wählerwillens. Eine politische Entscheidung verliert nicht allein deshalb ihre demokratische Legitimität, weil sie den Vorstellungen der Parteiführung widerspricht. Wer demokratische Vielfalt ernst nimmt, muss auch Entscheidungen akzeptieren, die politisch unerwünscht sind, solange sie innerhalb der demokratischen Ordnung zustande kommen.

Zusammenfassend zeigt das geplante Vorgehen der CDU ein problematisches Spannungsverhältnis zwischen demokratischem Anspruch und parteipolitischer Kontrolle. Die Freiheit der Abgeordneten, die Bedeutung geheimer Wahlen und der respektvolle Umgang mit unterschiedlichen politischen Positionen gehören zu den Grundpfeilern einer funktionierenden Demokratie. Eine Partei, die diese Werte verteidigt, muss sie auch dann achten, wenn das Ergebnis nicht den eigenen Erwartungen entspricht. Demokratie bedeutet nicht, jede unerwünschte Entscheidung organisatorisch zu verhindern, sondern den freien politischen Wettbewerb auszuhalten und demokratische Entscheidungen zu respektieren.